

„Querbeet subventionieren“ – Habecks nächstes Staats-Projekt

Welt, 06.06.2023, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus245706578/Klimaneutrale-Industrie-Querbeet-subventionieren-Habecks-naechstes-Staats-Projekt.html>

Wirtschaftsminister Robert Habeck will mit einem Milliardenprogramm Nachteile für Unternehmen ausgleichen, die auf eine klimaneutrale Produktion umstellen. Ökonomen kritisieren die Pläne: Es gebe bessere Instrumente, um das Ziel zu erreichen.

Während Deutschland noch mitten in der Debatte über das geplante Heizungsgesetz von Robert Habeck (Grüne) steckt, läuft bereits das nächste Projekt des Klimaschutzministers an, das in den kommenden Jahren einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag kosten wird. Am Dienstag beginnt das Verfahren für die sogenannten Klimaschutzverträge.

Dahinter steckt ein massives Subventionsprogramm, mit dem die energieintensive Industrie gefördert werden soll, wenn sie ihre Produktionsanlagen und -prozesse so umstellt, dass sie fast kein CO₂ mehr ausstoßen. Das komplizierte Konstrukt soll es den teilnehmenden Unternehmen ermöglichen, wettbewerbsfähig zu bleiben, auch wenn die klimafreundliche Produktion zunächst deutlich teurer ist als die der Konkurrenz, die weiter auf höheren CO₂-Ausstoß setzt.

„Wir haben eine Investitions- und damit Innovationsschwäche in Deutschland“, sagte Habeck bei der Vorstellung der Pläne. Der Wirtschaftsminister sieht die Unternehmen in einer schwierigen konjunkturellen Phase, in der zudem in anderen Regionen der Welt wie den USA oder China massive Anreize gesetzt würden, um Investitionen in diese Länder zu locken.

Dabei werden die Unternehmen zum Zug kommen, die den niedrigsten fiktiven CO₂-Preis bieten, ab dem sich ihre klimafreundliche Produktionsanlage lohnen würde, weil sie dann konkurrenzfähig gegenüber den Wettbewerbern wäre, die diesen CO₂-Preis bezahlen müssen. Der Staat zahlt den teilnehmenden Unternehmen dann die Differenz zwischen dem tatsächlichen CO₂-Preis und dem fiktiven Wert, den das Unternehmen geboten hat.

Steigt der tatsächliche CO₂-Preis über den fiktiven Wert, zahlen die Unternehmen wiederum die Differenz an den Staat zurück. Es handle sich um ein „atmendes Instrument“, so Habeck. Die Verträge sollen bis zu 15 Jahre laufen.

Unternehmen, die teilnehmen wollen, müssen ihren CO₂-Ausstoß zunächst um 60 Prozent, nach drei Jahren sogar um 90 Prozent senken. Insgesamt sollen so 350 Megatonnen CO₂ in den nächsten 15 Jahren eingespart werden. Vor allem Unternehmen aus besonders energieintensiven Branchen wie der Glas-, Stahl- und Chemie-Industrie hat Habeck als Zielgruppe für die Verträge ausgemacht.

Sein Plan sei, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und gleichzeitig eine „intakte Industrie“ zu erhalten. „Es ist meine Politik, Klimaneutralität mit Wohlstand zu verbinden und nicht das eine gegen das andere auszuspielen“, sagte Habeck. Er wolle mit dem Instrument „eine neue Phase des deutschen Wohlstands“ erreichen.

Der Wirtschaftsminister hofft, dass die Klimaschutzverträge dazu führen werden, dass neue Technologien entwickelt werden, mit denen sich die Produktionsprozesse möglichst effizient klimaneutral betreiben lassen. Das wiederum komme der gesamten Wertschöpfungskette zugute, nicht nur den geförderten energieintensiven Firmen.

Langfristig werde so der Preis für Klimaneutralität sinken, so Habeck. Man fördere durch das Auktionsverfahren ausschließlich die Unternehmen, die am günstigsten klimaschonend produzieren können.

Nicht-Wettbewerbsfähige Unternehmen könnten künstlich am Leben gehalten werden

Ökonomen sehen die geplante Subvention allerdings kritisch. „Beim Klimaschutz sollte die Bundesregierung mehr auf marktwirtschaftliche Kräfte setzen, statt ihre Förderstrukturen und Regulierungen immer komplexer und undurchsichtiger zu machen“, sagte die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm WELT.

Es sei zwar wichtig, zielgerichtet die energieintensiven Unternehmen zu fördern, um strategisch wichtige Vorprodukte auch weiterhin in Deutschland und Europa zu produzieren. Es müsse dabei aber auch immer um „sicherheitspolitische Motive oder andere strategischen Interessen“ gehen. Gebe es diese Vorteile nicht, solle man auch nicht versuchen, eine nicht mehr wettbewerbsfähige Industrie im Land zu halten.

„Trotz der Zeitenwende sollte es gelingen, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung weiterhin zu nutzen. Diese können beim Umstieg auf erneuerbare Energien andere sein als sie es zu Zeiten fossiler Produktion waren“, sagte Grimm. „Es wird also Strukturwandel geben müssen, dem man nicht durch Klimaschutzverträge entgegenwirken sollte.“

Auch der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest, sieht Habecks Pläne kritisch. „Es ist grundsätzlich gut, dass sich die Bundesregierung Gedanken macht, wie sie die Industrie im Land halten kann“, sagte der Ökonom WELT.

„Ich bin aber skeptisch, dass die Klimaschutzverträge das richtige Instrument sind. Wenn die Energiepreise hoch sind, bringt es nichts, die Energiekosten runterzsubventionieren.“

Habecks Konzept sei „besser als ein klassischer Differenzvertrag, bei dem der Staat gegenüber den Unternehmen immer im Nachteil ist, weil er über weniger Informationen über den Produktionsprozess verfügt“, so Fuest. Aber: „Ich sehe beim geplanten Modell den Nachteil, dass damit vor allem die Branchen und Unternehmen gefördert werden, die den kleinsten Nachteil durch eine klimaneutrale Produktion haben.“

„Bessere Methoden“ als Klimaschutzverträge

Das sei aber unter Umständen gar nicht die Branche, bei der es sinnvoll ist, sie am Standort zu halten. „Außerdem hält man womöglich jahrelang an Industrien fest, die langfristig hier nicht wettbewerbsfähig sein werden, und verzögert so den nötigen Strukturwandel.“

Für Fuest ist zudem entscheidend, dass man nur dann fördert, „wenn auch eine neue Technologie entwickelt wird, mit der die Produktion klimaneutral gestaltet werden kann. Querbeet zu subventionieren, halte ich für schwierig.“ Es gebe zudem bessere Methoden als die Klimaschutzverträge. „Ich halte beschleunigte Abschreibungen oder grüne Leitmärkte für bestimmte Produkte für sinnvollere Instrumente als die geplanten Klimaschutzverträge“, sagte Fuest.

Auch der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums hatte sich bereits im Februar gegen die Klimaschutzverträge und stattdessen für grüne Leitmärkte ausgesprochen, bei denen bestimmte Produkte wie zum Beispiel grüner Stahl gezielt gefördert werden. Habeck sagte, man habe das Modell nach dem Bericht des Beirats angepasst.

So habe man es „mittelstandsfreundlicher“ gemacht, indem die Mindestmenge CO₂ auf 10.000 Tonnen pro Jahr abgesenkt wurde, sodass auch kleinere Unternehmen bei der Auktion mitbieten können.

Auch Habeck gab zu, dass es sich bei den Verträgen um ein noch nicht erprobtes Instrument handelt, lediglich in den Niederlanden gebe es in deutlich geringerem Umfang ein ähnliches Programm. Es handle sich um ein „neues, modernes Instrument“, so der Minister.

Allerdings müssen bis zur tatsächlichen Umsetzung noch einige offene Fragen geklärt werden. Nicht nur die EU-Kommission muss der Subvention noch zustimmen, auch in den Haushaltsberatungen müssen die Milliardenbeträge noch endgültig abgesegnet werden.

Es gebe aber in der Bundesregierung eine grundsätzliche Verständigung auf die geplante Förderrichtlinie, heißt es im Wirtschaftsministerium. Aus der FDP gibt es allerdings auch wieder kritische Stimmen.

„Es ist äußerst bedauerlich, dass Robert Habeck es auch nach eineinhalb Jahren nicht geschafft hat, ein Klimaschutzgesetz vorzulegen, das den Koalitionsvertrag umsetzt“, sagte der energiepolitische Sprecher der Liberalen im Bundestag, Michael Kruse, als Reaktion auf Habecks Pläne.

„Wie bei der Debatte um die Kernkraft zeigt sich, dass die Freien Demokraten den Grünen Koalitionspartner ausgerechnet beim Thema Klimaschutz an sinnvolle und wirksame Schritte erinnern müssen.“ Es sei an der Zeit, „dass Herr Habeck seine Hausaufgaben erledigt, anstatt Schulnoten an die Koalitionspartner zu verteilen“.